

MENSCHENRECHTE, KLIMAWANDEL UND DIE EU



UNTERRICHTSVORSCHLAG SOZIAL-/GEMEINSCHAFTSKUNDE, POLITIK

WORUM GEHT ES?

Derzeit setzen sich von Tag zu Tag mehr Schüler_innen aktiv für den Klimaschutz ein und gehen auf die Straße, um zu demonstrieren. Die #FridaysforFuture-Bewegung agiert mittlerweile in Deutschland, Europa und der Welt und erhält auch in diesem Rahmen Aufmerksamkeit. Alleine am 15. März 2019 gingen weltweit 2 Millionen Menschen auf die Straße.

Der politische Protest, bei dem Menschenrechte wie das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen werden, ist überaus wichtig, muss aber stets – um überzeugend zu wirken – mit guten Argumenten einhergehen. Im vorliegenden Unterrichtskonzept soll es um eine menschenrechtliche Herangehensweise an den Klimawandel gehen. Leitfragen sind dabei, wie Klimawandel und Menschenrechte zusammenhängen und wie sich der Klimawandel auf die Menschenrechte auswirkt.

Insbesondere geht es aber auch darum, was dieses Themenfeld mit der Europäischen Union als einer der hauptverantwortlichen Akteur_innen des Klimawandels zu tun hat. Nicht zuletzt geht es darum, was die EU tut und was sie verändern könnte.

VORAUSSETZUNGEN:

Gruppe: Bis zu 32 Teilnehmer_innen

Alter: 10. bis 13. Klasse

Dauer: 90 Minuten

Vorbereitung: Materialien in ausreichender Anzahl für die Lerngruppe bereitstellen

ZIELE:

Durch die Beantwortung der eingangs genannten Leitfragen, sollen die Schüler_innen zum einen die Begriffe Klimawandel, Menschenrechte und die damit verbundene Rolle der Europäischen Union und zum anderen die komplexen Verbindungen verstehen. Das systematische Vorgehen, d.h. Klären einzelner Begriffe und anschließendes Zusammenbringen soll auch das analytische Denken und die Fähigkeit zu Systematisieren von komplexen Sachverhalten fördern.

Darüber hinaus soll den Schüler_innen vor allem bewusst gemacht werden, dass sie selbst tätig werden können: Nicht nur durch individuelle Lebensveränderungen, sondern vor allem durch politische Aktivität. Das können Demonstrationen, Teilnahme an Diskussionen im eigenen Umfeld, aber auch demokratische Mitbestimmungen bei Wahlen sein.

Die Unterrichtsstunde kann nur ein Anfang sein und viele Probleme nur anschnitten. Der Mehrwert liegt im Diskussionspotenzial, in der darauffolgenden Beschäftigung mit den angesprochenen Themen und Problemen sowie der Aufnahme oder gar Umsetzung in Form politischer Aktivität der Schüler_innen.

Ziel Gefühlsebene:

- Wahrnehmen, dass die eigene Stimme und politische Aktivität wichtig sind

Ziel Handlungsebene

- Individuelle Maßnahmen für Klimaschutz anwenden können
- Das eigene Umfeld klimafreundlich und menschenrechtsfreundlich mitgestalten können
- Sich auf politischer Ebene einbringen können

Ziel Wissensebene

- Grundzüge des Phänomens Klimawandel verstehen
- Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverletzungen und Klimawandel erkennen können
- Zusammenhänge zwischen diesen Themen und der Europäischen Union verstehen
- Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich Klimawandel kennen

1. EINFÜHRUNG (5 MINUTEN)

Um die Schüler_innen auf die Unterrichtsstunde vorzubereiten, wird ihnen kurz erläutert, was in den folgenden 90 Minuten passieren soll.

2. EIN EINSTIEG – WAS IST UND BEDEUTET KLIMAWANDEL? (10 MINUTEN)

Um den Schüler_innen den Klimawandel und dessen Ursprung, Auswirkungen und Folgen ins Gedächtnis zu rufen und einige Fakten zu vermitteln, beginnt die Unterrichtsstunde interaktiv mit einem Quiz.

Die in **Anhang 1** gelisteten Fragen sollen an die Schüler_innen gestellt, kurz diskutiert und anschließend aufgelöst werden. Weitere Fragen können ergänzt werden. Die Klasse kann für das Quiz in mehrere Gruppen aufgeteilt werden, die in einen Wettbewerb treten. Pro richtige Antwort gibt es einen Punkt.

3. WAS SIND MENSCHENRECHTE? (10 MINUTEN)

Diese Frage soll zunächst in den Raum gestellt werden und kurz andiskutiert werden, um erste Ideen sowie Beispiele zu sammeln. Schließlich soll das folgende Video vorgeführt werden, um alle auf den gleichen Stand zu bringen.

<https://www.youtube.com/watch?v=T1VXkO3RrBs>
(Was sind Menschenrechte? von Amnesty Switzerland)

4. WAS HAT DER KLIMAWANDEL MIT DEN MENSCHENRECHTEN ZU TUN? (20 MINUTEN)

Wie sich der Klimawandel auf die Menschenrechte auswirkt, wird im dritten Schritt durch mehrere Geschichten über Menschen, deren Rechte durch Folgen des Klimawandels verletzt wurden, erläutert. Diese sind im **Anhang 2** zu finden.

Die Schüler_innen werden in fünf Gruppen aufgeteilt und lesen in diesen jeweils die gleiche Geschichte. Im Anschluss soll sich in den Gruppen über die Geschichten ausgetauscht werden. Fragen sind dabei:

- Was ist jeweils das Problem der Menschen?
- Was würdet ihr tun?
- Welche Menschenrechte sind in der Geschichte gefährdet/verletzt?
- Wie wird gegen die Probleme vorgegangen?
- Seht ihr weitere Lösungsmöglichkeiten?

Abschließend sollen die Geschichten der Klasse vorgestellt werden.

5. HINLEITUNG ZUM THEMA EU (5-10 MINUTEN)

Im nächsten Schritt werden den Schüler_innen folgende Fragen gestellt, um zur Europäischen Union als Akteurin hinzuleiten:

- Wer trägt die Verantwortung für den Klimawandel und den Klimaschutz?
- Wer kann klimaschädliche Faktoren beeinflussen?
- Welche Institutionen gibt es, die sich für den Klimaschutz einsetzen, einsetzen sollten?

Diese sollen zunächst nicht beantwortet werden.

Nach maximal 5 Minuten soll – wenn noch nicht genannt – die Europäische Union als Akteurin offengelegt werden und zum folgenden Punkt übergeleitet werden.

6. DER EINFLUSS DER EU AUF DEN KLIMAWANDEL (15-20 MINUTEN)

Durch einen Input – Grundlagen zu diesem finden sich in **Anhang 3** – wird erläutert welcher Zusammenhang zwischen der Europäischen Union und den zuvor behandelten Themen Klimawandel und Menschenrechte besteht.

Weiter soll gezeigt werden, welche Probleme es in der europäischen Klimapolitik gibt, was die Europäische Union im Bereich Klimapolitik bereits tut und was sie machen könnte, welche Kompetenzen sie hat.

7. WIE KANN ICH MICH ENGAGIEREN? (10 MINUTEN)

Nachdem die Zusammenhänge von Klimaschutz und Menschenrechten erschlossen und die Kompetenzen der EU aufgezeigt wurden, soll es nun darum gehen, wie man sich selbst engagieren kann (siehe **Anhang 4**).

Der Fokus soll hier auf politischem Engagement liegen (im Gegensatz zu individuellem Handeln, z. B. kein Fleisch essen, nicht fliegen etc.). Es werden die Bilder gezeigt und durch diese Anregungen Möglichkeiten des Engagements gesammelt. Dabei können entweder alle Bilder auf einmal oder nacheinander gezeigt werden. (Die Bilder finden sich auch in einer weiteren **Power-Point-Datei**.)

8. REFLEXION (5 MINUTEN)

Zum Schluss soll den Schüler_innen der Raum gegeben werden, um das Gelernte zu reflektieren und festzuhalten, was sie mitgenommen haben. Hier ein paar Leitfragen dazu:

- Was hat mich überrascht? Was war neu für mich?
- Was nehme ich persönlich mit?
- Was werde ich weitererzählen?
- Wie fühle ich mich jetzt?

QUIZ

1 Insbesondere Kohlendioxid wird für den globalen Temperaturanstieg der letzten 100 Jahre verantwortlich gemacht. Was ist die wichtigste Ursache für die derzeitige Erhöhung des CO₂ Gehalts in der Atmosphäre?

- a) Verbrennung fossiler Brennstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle etc)
- b) Industrielle Landwirtschaft
- c) Verbrennung von Wäldern
- d) Veränderung in der Sonneneinstrahlung

Antwort A ist richtig. 78% des Anstiegs gehen auf das Konto der Verbrennung fossiler Brennstoffe. 22% sind auf Landnutzungsänderungen z.B. Rodungen zurückzuführen.

2 Ordne die Länder nach der Höhe ihres CO₂ Ausstoßes pro Kopf: Nigeria, USA, China, Deutschland

USA: 19,73 Tonnen CO₂/Kopf
Deutschland: 10,29 Tonnen
China: 3,65 Tonnen
Nigeria: 0,37 Tonnen

Ein nicht kleiner Anteil der Emissionen in China entstehen übrigens, weil dort Exportprodukte für den europäischen Markt hergestellt werden.

3 Welcher Anteil der Treibhausgasemissionen entfällt auf die Erzeugung und Nutzung von Energie?

- a) 35%
- b) 50%
- c) 65%
- d) 90%

Antwort C ist richtig. Die wichtigsten Verursacher sind die Erzeugung von Strom 24%, Verkehr 14%, Industrie 14% und Gebäude 8% (Stern Report 2006)

4 Wer oder was ist El Nino?

- a) Bezeichnung für ein Klimaphänomen im Pazifikraum
- b) Name des Wissenschaftlers, der erstmals auf einen möglichen menschenverursachten Klimawandels hinwies
- c) Name des größten Eisbergs der Welt

Antwort A ist richtig. El Nino ist eine Klimaanomalie, die seit Jahrtausenden in Abständen von 2-7 Jahren zu erheblichen Veränderungen in der Wettersituation des pazifischen Raums führt. Betroffen von dem Phänomen sind vor allem die Westküste Südamerikas und der südostasiatische Raum. Sein Auftreten verursacht gewaltige Niederschläge und Überschwemmungen in normalerweise trockenen Regionen, während in anderen Regionen plötzlich Dürre herrscht. El Nino ist eine natürliche Klimaanomalie. Allerdings ist strittig, inwiefern die globale Erwärmung seine Intensität steigern könnte bzw. bereits erhöht hat

5 Wodurch ist ein Land wie Bangladesch besonders gefährdet?

- a) Lawinen
- b) Waldbrände
- c) Überschwemmungen
- d) Vulkanausbrüche

Antwort C ist richtig. Durch den Klimawandel und den damit verbunden Anstieg des Meeresspiegels sowie Wetterereignisse wie Sturmfluten werden in der Zukunft noch häufiger und schwerwiegender Überschwemmungen in Bangladesch und vielen anderen Ländern erwartet. Die Wassermassen bedrohen nicht nur unmittelbar das Leben der Bevölkerung, sondern vernichten auch Wohnraum, landwirtschaftliche Anbauflächen und können zur Ausbreitung von schwerwiegenden Krankheiten beitragen (Krankheiten wie Malaria, Dengue-Fieber und Gelbfieber können sich durch den Klimawandel besser ausbreiten, da die Krankheitserreger länger überleben und auch in wärmeren Klimas in nördlicheren Ländern sich verbreiten können).

6 Wo gibt es bereits heute ein Handelssystem für CO₂ Emissionen?

- a) USA
- b) EU
- c) Japan
- d) Brasilien

Antwort B ist richtig. Seit 2005 ist das „EU Emissions Trading Scheme“ in Kraft, das weltweit erste multinationale Emissionshandelssystem. Jeder Mitgliedsstaat der EU stellt einen sog. „Nationalen Allokationsplan“ auf, der die Höhe der Emissionen beinhaltet, die das Land seiner Industrie zur Verfügung stellen will. Die EU-Kommission muss diesen Plan billigen. Stößt ein Unternehmen mehr CO₂ aus, als es Emissionsrechte zugewiesen bekommen hat, muss es zusätzliche Emissionsrechte kaufen. Kritisiert wird an dem jetzigen System vor allem, dass es von den Treibhausgasen lediglich CO₂ beinhaltet, nur bestimmte Emissions-Sektoren erfasst und die zugewiesenen Allokationen zu hoch seien, um die Unternehmen wirklich zu CO₂-Einsparungen zu motivieren.

7 Schätzfrage: Wie hoch sind allein Deutschland die jährlichen Kosten für den sog. Stand-By-Betrieb von Geräten (z.B. Fernseher oder Musikanlagen)?

4 Milliarden Euro! Dies ist mehr Energie als die Städte Berlin und Hamburg zusammen verbrauchen.

8 Welches natürliche Ereignis kann das Klima auf der Erde über Jahre hinweg abkühlen?

- a) Erdbeben
- b) Schneesturm
- c) Vulkanausbruch
- d) Hochwasser

Antwort C ist richtig. Reicht bei einem Vulkanausbruch die Aschewolke bis in die Stratosphäre (10-40km) hinein, verweilt sie dort für lange Zeit und ist noch jahrelang nachweisbar. Durch chemische Reaktionen entsteht aus der schwefelhaltigen Vulkanasche sogenanntes Sulfat Aerosol, das das einstrahlende Sonnenlicht zurück in den Weltraum reflektiert und so zu einer Abkühlung auf der Erde führt. Dies geschieht allerdings sehr selten – zuletzt auf den Philippinen im Jahr 1991, dessen Vulkanausbruch die Region rund um Pinatubo in den folgenden zwei Jahren um bis zu 2 Grad abkühlte.

9 Welchen Beitrag liefert der Regenwald zum Klimaschutz?

- a) Seine Wurzeln schützen den Boden vor Erosion
- b) Er beheimatet viele Tierarten
- c) Er speichert große Mengen CO₂
- d) In seinem Gebiet regnet es häufig

Antwort C ist richtig. Regenwälder nehmen nicht nur „schädliches“ Kohlendioxid auf, sondern produzieren auch Dunstwolken, die, ebenso wie Schnee- und Eisfelder, das Sonnenlicht reflektieren und somit die Erdoberfläche vor weiterer Erwärmung schützen. Im weiteren Sinne sind jedoch alle Antworten korrekt.

FÜNF GESCHICHTEN ZU MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM KLIMAWANDEL

1 Saul Luciano Lliuya (Peru)

Saul Luciano Lliuya ist Landwirt in den peruanischen Anden und lebt dort an einem Gletschersee. Seit längerem schon muss er für viel Geld Wasserschutzmaßnahmen gegen Überflutung durchführen, da ein nahegelegener Gletscher schmilzt. Ursache: Klimawandel, wie der Weltklimarat bestätigt. Wenn der Gletscher weiter schmilzt, könnten Flutwellen sein, seine Lebensgrundlage zerstören.

Lliuya möchte aber nicht auf den Kosten sitzen bleiben, denn die Verantwortlichkeit für seine Lage sieht er bei jemand anderem, nämlich dem Konzern RWE. RWE ist für 0,47 % aller globaler Treibhausgasemissionen verantwortlich, was unter anderem durch den Betrieb von Kohlekraftwerken bedingt ist.

Lliuya hat sich deshalb gemeinsam mit einer deutschen Nichtregierungsorganisation entschieden Klage gegen RWE einzureichen und kämpft sich nun schon seit mehreren Jahren durch die Instanzen des Deutschen Gerichtssystems. Ergebnis mehrerer Beschlüsse des OLG Hamm ist, dass Unternehmen wie RWE als Großemittenten von Treibhausgasen eine individuelle Verantwortung tragen. Tatsächlich hat gerade erst die Beweiswürdigung begonnen und es muss nun vor einem abschließenden Urteil zunächst im Detail geklärt werden wie genau RWE für das Schmelzen der Gletscher in den Anden verantwortlich ist.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens ist der Fall schon jetzt ein Erfolg. Neben einer enormen Öffentlichkeit, die er bekommen hat, ist zudem auf Unternehmensseite ein Stück weit Druck und Sensibilität entstanden.

2 Familie Recktenwald (Deutschland)

Familie Recktenwald betreibt im Nationalpark Wattenmeer auf der Insel Langeoog ein Hotel. Im Gegensatz zu früher vereinzelt Sturmfluten alle acht bis zehn Jahre, kommt es heute jährlich zu starken Herbststürmen und in der Folge Sturmfluten. „An der Nordsee haben wir neuerdings Ostwind im Sommer und Stürme aus Südwest“, sagt die Hotelbesitzerin Recktenwald. „Über kurz oder lang droht zum Beispiel durch starke Niederschläge unser Trinkwassersystem zu kollabieren, weil ungefiltertes Regenwasser in die Reservoirs gelangt.“ Die Wellen können die Dünen brechen und folglich die Süßwasserspeicher verunreinigen. Zudem ist die Insel durch den steigenden Meeresspiegel ohnehin bedroht. Um dem entgegenzuwirken wird schon seit Jahren regelmäßig Sand aufgeschüttet.

Familie Recktenwald hat mit weiteren Mitstreiter*innen mittlerweile vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament eingereicht, da sie ihre Grundrechte gefährdet sehen und haben über 6.000 Seiten Gutachten und Dokumentationen vorgelegt. Die EU tue nicht genug, um ihre Klimaziele einzuhalten. Es ist das erste Mal, dass die EU wegen ihrer Klimapolitik verklagt wird.

3 Liviu Bujor (USA)

Liviu Bujor ist Altenpfleger in Paradise, USA. Dort lebte er in seinem Haus in einem Waldstück des Ortes, wie viele andere bis zu den verheerenden Waldbränden im letzten Jahr. Sein Haus brannte ab, er verlor sein gesamtes Hab und Gut und entkam nur knapp den tödlichen Flammen, die vielen Menschen das Leben kosteten.

In Kalifornien kommen Waldbrände immer wieder vor, seit den 1980er Jahren allerdings immer häufiger, was neben natürlichen Faktoren auch durch den menschenverursachten Klimawandel bedingt ist. Fünfzehn der 20 größten Brände ereigneten sich ab dem Jahr 2000. Hitze und Dürren sind seitdem intensiver. Im vergangenen Jahr waren die Brände besonders heftig.

4 Ioane Teitiota (Kiribati, Pazifik)

Ioane Teitiota wuchs im Pazifik-Inselstaat Kiribati auf, der aus mehreren Korallenatollen besteht, die teilweise nur ein paar Meter über dem Meeresspiegel liegen. Durch den ansteigenden Meeresspiegel war die Insel Teitiotas, die sich Tarawa nennt und am höchsten Punkt nur drei Meter über dem Meeresspiegel liegt, von Überschwemmung bedroht. Seit längerem schon ist Trinkwasser ein Problem, das nicht sauber ist und bei seinen Kindern zu Krankheiten geführt hat. Auch bei den Ernten erlitt er Einbußen. 2013 floh Teitiota schließlich nach Neuseeland, um dort Asyl zu beantragen. Sein Antrag wurde jedoch als unbegründet abgelehnt und er wurde abgeschoben.

Ioane Teitiota ist nicht allein. Jährlich fliehen ca. 6 Millionen mehr Menschen vor den Folgen des Klimawandels. Das UNHCR schreibt: „Es gibt zahlreiche regionale Beispiele für Klimawandel als Fluchtverstärker. So wurden im Nordosten von Syrien bereits vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1,5 Millionen Menschen entwurzelt. Grund dafür war eine fünfjährige Dürre, die diese Region heimsuchte. Weitere klimabedingte Vertreibungen finden sich in der sudanesischen Provinz Darfur, im Irak und Somalia. In den meisten Fällen sind Klimawandel, Verfolgung und Gewalt sich ergänzende Fluchtfaktoren.“

5 Kolibri (eine Fabel von Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin)

Eines Tages brach im Wald ein großes Feuer aus, das drohte alles zu vernichten. Die Tiere des Waldes rannten hinaus und starrten wie gelähmt auf die brennenden Bäume. Nur ein kleiner Kolibri sagte sich: „Ich muss etwas gegen das Feuer unternehmen.“ Er flog zum nächsten Fluss, nahm einen Tropfen Wasser in seinen Schnabel und ließ den Tropfen über dem Feuer fallen. Dann flog er zurück, nahm den nächsten Tropfen und so fort. All die anderen Tiere, viel größer als er, wie der Elefant mit seinem langen Rüssel, könnten viel mehr Wasser tragen, aber all diese Tiere standen hilflos vor der Feuerwand. Und sie sagten zum Kolibri: „Was denkst du, das du tun kannst? Du bist viel zu klein. Das Feuer ist zu groß. Deine Flügel sind zu klein und dein Schnabel ist so schmal, dass du jeweils nur einen Tropfen Wasser mitnehmen kannst.“ Aber als sie weiter versuchten, ihn zu entmutigten, drehte er sich um und erklärte ihnen, ohne Zeit zu verlieren: „Ich tue das, was ich kann. Ich tue mein Bestes.“

**Verletzt zu werden drohen oder werden bereits
u.a. die Rechte auf soziale Sicherheit, Wohnen, Nahrung,
Gesundheit, Eigentum und Beruf sowie
Bildungschancen und sauberes Trinkwasser.**

KLIMAWANDEL, MENSCHENRECHTE UND DIE EU

EU SCHAFFT PLASTIKSTROHHALME AB?!

In der letzten Zeit gab es eine ganze Reihe von klimapolitischen Entscheidungen, Maßnahmen sowie angestoßenen Diskussionen der EU. Darunter einige, die auch in der Öffentlichkeit stark diskutiert wurden. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Regelung zum Verbot von Plastikstrohhalm und -geschirr, die aktuell verhandelt wird. Die Weltmeere sind schon jetzt mit tonnenweise Plastik verschmutzt. Weniger Plastikprodukte sollen diese Verschmutzung stoppen. Eine andere Maßnahme ist eine geplante Trinkwasserrichtlinie, die die Qualität des Trinkwassers verbessern soll und am Ende zu weniger Wasserkonsum aus Plastikflaschen führen soll. Schon jetzt bestehen von der EU festgelegte Abgashöchstwerte unter anderem für Kohlenstoffmonoxid (CO) und Stickstoffoxide (NOx). An die Höchstwerte müssen sich die Fahrzeughersteller halten, sie wirken sich auf die aktuell diskutierten Fahrverbote in Städten in Deutschland aus. Neben diesen Bemühungen und ersten Schritten gibt es aber nach wie vor grundsätzliche Probleme, denn die EU ist im Regionenvergleich eine der größten Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit. Vor allem, wenn man die historische Verantwortung der Mitgliedstaaten der EU als Treibhausgas-Emittentin und die Verantwortung gegenüber Staaten des globalen Südens bedenkt. Denn dafür, dass die EU sich als Anführerin im Kampf gegen den Klimawandel gibt, sind die bisherigen Maßnahmen noch nicht weitgehend genug, um den Klimawandel aufzuhalten.

EU ALS VERTEIDIGERIN DER MENSCHENRECHTE

Die EU sieht sich nicht nur im Bereich des Klimaschutzes als führend an, sondern auch im Bereich der Menschenrechte und deren Schutzes. In vielen mitgliedstaatlichen Verfassungen sind Grund- und Menschenrechte verankert und für die Mitgliedstaaten ist der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Pflicht. Im Jahr 2000 ist mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union ein eigenständiger Rechtskatalog hinzugekommen. Staaten als Hauptadressaten von Menschenrechten müssen diese gewährleisten. Das gilt nicht nur bei direkter Gefährdung der klassischen politische Rechten wie bspw. der Meinungsfreiheit oder den sozialen Rechten, sondern auch wenn diese durch den Klimawandel in Gefahr geraten. Amnesty International als größte Menschenrechtsorganisation der Welt sagt klar: Der Klimawandel ist auch eine Menschenrechtsfrage. Das haben auch die zuvor besprochenen Geschichten und Fälle gezeigt.

EU-KLIMAPOLITIK – LUFT NACH OBEN...?

Dass der Klimawandel eine der größten heutigen globalen Herausforderungen ist, hat auch die Europäische Union erkannt und dafür wie eingangs genannt erste Maßnahmen durchgeführt und zur Diskussion gestellt. Grundlage der EU-Umwelt-/ EU-Klimapolitik ist Art. 191 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU). In diesem Artikel verpflichtet sich die EU unter anderem zur Erhaltung und zum Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität, zur umsichtigen und rationellen Verwendung der natürlichen Ressourcen sowie zur Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme und insbesondere zur Bekämpfung des Klimawandels. Dennoch lässt sich in der EU eine zunehmende Nutzung von Erdgas, das überaus klimaschädlich ist, feststellen. Nach einem Bericht des Weltklimarats Ende 2018 müsste die deutlich klimaschädlichere Energiegewinnung durch Kohle eigentlich weltweit bis 2030 um zwei Drittel reduziert werden. Trotzdem setzen Länder wie Polen weiter auf Kohle, und auch Deutschland will nicht vor 2038 aus der Kohle aussteigen. Die Bundesregierung hat viele Jahre Abgashöchstwerte für CO₂ für PKW gebremst und so den Weg zu einem schnelleren Umstieg auf klimaneutrale Antriebe versperrt. Die Euphorie, die mit dem Pariser Klimaabkommen einherging, hat sich inzwischen gelegt. Viele Ziele sind als deutlich zu niedrig eingeordnet worden wie bspw. 40% Treibhausgaseinsparungen bis 2030. Und dennoch sind die Maßnahmen selbst zur Erreichung dieses Ziels vollkommen unzureichend. Die UN- Klimakonferenz in Katowice 2018 brachte kaum Fortschritte.

Was könnte die EU machen? Mit Sicherheit mehr. Zum Beispiel:

- Beenden der Energiegewinnung durch Kohle, Gas und Öl (Strategie für Zero-Carbon Europa bis 2040)
- 100% erneuerbare Energien bis 2040
- Eine deutlich stärkere Unterstützung von schwächeren Staaten, die selbst nicht die Kapazitäten haben, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen
- Das 2019 neu gewählte Parlament könnte die Ziele bis 2030 erneut überprüfen und neue Ziele vereinbar mit dem 1,5 Grad-Ziel festlegen.

WIE KANN ICH MICH ENGAGIEREN?



- **Setz dich für ein Europa der Menschenrechte ein und geh für die Menschenrechte wählen!**
Die Zusammensetzung des Parlaments und anderen Repräsentationsorganen ist entscheidend dafür, welche Beschlüsse getroffen werden und damit auch welche Gesetze und Ziele festgelegt werden. Motiviere auch deine Freunde und Familie für die Menschenrechte zur Wahl zu gehen.
- **Europäische Bürgerinitiative.** Kann auf der Website der Kommission gestartet werden. Wenn 1 Million Unterschriften erreicht sind, muss sich die Kommission mit dem Anliegen beschäftigen.



- **Mit anderen darüber sprechen:** über Menschenrechte, Klimawandel, die EU; zum Beispiel mit Freund_innen oder Familie. Ein Anfang kann auch sein, Informationen darüber in Sozialen Netzwerken und Messengern weiterzuleiten.
- **Mich an meine_n Landtags, Bundestags, Europaabgeordnete_n wenden.** Zum Beispiel durch einen Brief oder eine E-Mail. Die Abgeordneten wollen von den Leuten in ihrem Wahlkreis wiedergewählt werden. Wenn sich viele Leute mit einem Anliegen an ihn/sie/divers wenden, hat er/sie/divers also auch ein Interesse daran, darauf zu reagieren.



- **Sich in Organisationen engagieren:** Schau dich um, welche Organisationen und Initiativen es gibt, die deine Anliegen vertreten. Viele haben Gruppen in zahlreichen Städten, wo du teilnehmen kannst. Oder du kannst selbst eine lokale Gruppe einer großen Organisation gründen. Sie unterstützt dich dabei. Auch ohne Mitglied zu werden kannst du an einzelnen Aktionen teilnehmen. Halte dich auf dem Laufenden!
- **An Demonstrationen teilnehmen, Petitionen unterschreiben – oder selbst starten.** Es gibt zahlreiche Demonstrationen zu verschiedenen Themen, gerade auch im Vorfeld der EU-Wahl. Wichtig ist dabei sich genau zu informieren, wer dahintersteht und was genau gefordert wird. Natürlich kannst du auch selbst eine Demonstration organisieren.

WELCHE RECHTE HABE ICH?



Versammlungsrecht

(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte AEMR Art 20, Art. 8 GG)

- Schule schwänzen? Nein, wegen der gesetzlichen Schulpflicht. Man kann aber Beurlaubung beantragen mit Unterschrift der Eltern (wenn man minderjährig ist).
- Versammlungen müssen angemeldet werden, wenn sie keine Spontanversammlungen sind (§19 VersG)

Recht auf freie Meinungsäußerung

(Art. 19 AEMR, Art. 5 GG)

Vereinigungsrecht

(Art 20 AEMR, Art. 9 GG)

- Mitglied werden: Wenn man unter 18 Jahren alt ist, benötigt man eine Bestätigung der Eltern.
- Viele Vereine und Organisationen organisieren sich in lokalen Gruppen. Falls es noch keine Gruppe in der Nähe gibt, kann man mit Unterstützung des Vereins selbst eine gründen.

Wahlrecht

Art 38 GG, Art 21 AEMR, für die EU Art. 22 (2) AEUV; für Bundestags- und Europawahl ab 18 Jahren; für Landtag und Kommunalwahlen je nach Bundesland auch ab 16 Jahren.